

# News Archiv 2026

2026-04-09 06:05

## [Historischer Wahlerfolg der FSG YOUNG younion bei den Jugendvertrauenspersonen- und Jugendvertrauensratswahlen 2026](#)

Die Jugendvertrauenspersonen- und Jugendvertrauensratswahlen 2026 stellen einen historischen Meilenstein für die gewerkschaftliche Jugendvertretung innerhalb der younion \_ Die Daseinsgewerkschaft dar. Mit einer Gesamtwahlbeteiligung von 86,07 % wurde die höchste Beteiligung seit 1995 erreicht. Dieses außergewöhnliche Ergebnis ist ein starkes Signal für gelebte Demokratie im Betrieb und unterstreicht eindrucksvoll das große Interesse junger Arbeitnehmer:innen an Mitbestimmung, Solidarität und aktiver Interessenvertretung.

Die Liste FSG YOUNG younion wurde dabei mit einem überwältigenden Gesamtergebnis von 96,95 % der Stimmen wiedergewählt. Dieses Vertrauen ist Ausdruck der erfolgreichen, engagierten und konsequenten Arbeit der letzten Jahre und bestätigt die FSG als starke Stimme der Jugend in der Arbeitswelt des öffentlichen und ausgegliederten Bereichs.

Diese Zahlen sprechen eine klare Sprache: Die FSG YOUNG younion ist flächendeckend hervorragend verankert und genießt ein außerordentlich hohes Vertrauen der jungen Kolleg:innen. Die hohe Wahlbeteiligung zeigt zudem, dass Mitbestimmung ernst genommen und aktiv gelebt wird – gerade in Zeiten großer gesellschaftlicher und arbeitsweltlicher Herausforderungen.

Vorsitzende der FSG YOUNG younion, Sarah Popernitsch, zeigt sich über das Ergebnis hoch erfreut: „Die höchste Wahlbeteiligung seit 1995 und fast 97 % Zustimmung für unsere Liste sind ein starkes Zeichen. Die jungen Kolleg:innen haben gezeigt, dass sie auf Zusammenhalt, Solidarität und eine konsequente Interessenvertretung setzen. Dieses Vertrauen bestärkt uns darin, weiterhin mit voller Kraft für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen einzutreten.“

Auch der Bundesgeschäftsführer der FSG-younion, Erich Kniezanrek würdigt das Wahlergebnis ausdrücklich: „Dieses Ergebnis ist ein historischer Erfolg und ein klarer Vertrauensbeweis in die Arbeit der FSG YOUNG younion. Die Jugend ist nicht nur die Zukunft unserer Gewerkschaft, sie gestaltet sie aktiv mit. Dieses starke Mandat ist Ansporn und Auftrag zugleich, die Interessen junger Arbeitnehmer:innen weiterhin entschlossen zu vertreten.“

Die FSG-younion sieht dieses Wahlergebnis als klare Bestätigung ihres Einsatzes für qualitativ hochwertige öffentliche Dienste, sichere Arbeitsplätze und starke Mitbestimmung. Auch künftig wird die FSG YOUNG younion eine kraftvolle, solidarische und verlässliche Stimme für die Jugend sein – im Betrieb, in der Gewerkschaft und darüber hinaus.

[Read more ... Historischer Wahlerfolg der FSG YOUNG yunion bei den Jugendvertrauenspersonen- und Jugendvertrauensratswahlen 2026](#)

2026-04-08 16:00

## [yunion-Sportgewerkschaft: Bundesverwaltungsgericht bestätigt Entscheidung zu Kollektivverträgen](#)

**Im Beschwerdeverfahren der „VdF – Die Spielervereinigung“ hat das Bundesverwaltungsgericht (BVwG) entschieden, dass diese die gesetzlichen Voraussetzungen für die Erlangung der Kollektivvertragsfähigkeit nicht erfüllt.**

Die VdF hatte 2023 beim Bundeseinigungsamt beantragt, als freiwillige Berufsvereinigung Kollektivverträge für Profifußballer:innen abschließen zu dürfen. Die Behörde lehnte ab, das BVwG bestätigte nun diese Entscheidung. Die ordentliche Revision an den Verwaltungsgerichtshof wurde ausdrücklich nicht zugelassen, da die Entscheidung nicht von der bisherigen Rechtsprechung des VwGH abweicht und bereits eine einheitliche Rechtsprechung vorliegt.

Das Gericht sieht keinen ausreichend großen, fachlichen Wirkungsbereich der VdF. Die Gruppe der Berufsfußballer unterscheidet sich nicht wesentlich von anderen Berufssportler:innen oder Arbeitnehmer:innen im Sportbereich.

### **yunion begrüßt Klarstellung**

„Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts sorgt für Klarheit. Splittergruppen sollen weiterhin von der Kollektivvertragsfähigkeit ausgeschlossen sein. Gute Arbeitsbedingungen und faire Kollektivverträge sind für alle Arbeitnehmer:innen im Sport wichtig – nicht nur für einzelne Gruppen. Die Sportgewerkschaft yunion steht weiterhin für starke, einheitliche Vertretung und setzt sich erfolgreich für alle Sportbereiche ein“, sagt Thomas Pichlmann, Fußballbeauftragter der yunion-Sportgewerkschaft.

[Read more ... yunion-Sportgewerkschaft: Bundesverwaltungsgericht bestätigt Entscheidung zu Kollektivverträgen](#)

2026-03-26 10:59

## [Marterbauer: Erbschaftssteuer nur eine Frage der Zeit](#)

Die Nationalratssitzung am Donnerstag hat mit einer Fragestunde an Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) begonnen. Obwohl bei den aktuellen Budgetverhandlungen nicht vorgesehen, entbrannte sich eine Debatte über eine Erbschaftssteuer.

Angesichts der angespannten Budgetsituation und trüber Wirtschaftsaussichten, die durch den Iran-Krieg noch verschlechtert werden, ist es weiterhin oberste Priorität des Finanzministers, zu sparen. Insgesamt liegt der zusätzliche Sparbedarf bei bis zu zwei Milliarden Euro. Wie und wo genau eingespart wird, ist Gegenstand der Verhandlungen für das Doppelbudget 2027/28.

### **„Spätestens“ in nächster Legislaturperiode**

Marterbauer machte bei der Fragestunde deutlich, wie er auf der Einnahmenseite das Budget sanieren würde, hätte er freie Hand: mit einer Erbschaftssteuer. Diese sei „sinnvoll, gerecht und umsetzbar“, betonte der SPÖ-Finanzminister. Gleichzeitig stellte er klar, dass sie in dieser Legislaturperiode nicht kommen werde, weil die Koalitionspartner ÖVP und NEOS dagegen sind. Er sei aber optimistisch, dass eine Erbschaftssteuer in der nächsten Legislaturperiode – die spätestens 2029 beginnt – eingeführt werde. „Weil die Sachargumente dafür sprechen“, so Marterbauer.



FPÖ-Budgetsprecher Arnold Schiefer sprach daraufhin die Gefahr an, dass Kapital abfließen könne, wenn eine Steuer auf vererbte Betriebe zu zahlen ist. Hier könne man „leicht Lösungen finden“, wischte Marterbauer die Bedenken beiseite. In Ländern mit Erbschaftssteuern gebe es die Möglichkeit eines Freibetrags bei einer Betriebsübergabe oder Stundungen über zehn Jahre.

### **Spitze gegen ÖVP**

20 der 27 Mitgliedsländer der OECD hätten eine Erbschaftssteuer, es sei also etwas „ganz Normales“, betonte der rote Finanzminister. Für ihn sei sie „nur eine Frage der Zeit“. Gerade jene, die an Leistung interessiert seien, sollten für eine Erbschaftssteuer eintreten, da man damit eine Senkung der Steuern auf Arbeit gegenfinanzieren könne. Das lässt sich als Spitze gegen die ÖVP verstehen, die wiederholt in Wahlkämpfen das Schlagwort Leistung plakatierte.

[Read more ... Marterbauer: Erbschaftssteuer nur eine Frage der Zeit](#)

## Nationalrat stimmt für Spritpreisbremse

**Mit den Stimmen der Regierungsparteien ÖVP, SPÖ, NEOS und den oppositionellen Grünen ist am Mittwoch die Spritpreisbremse beschlossen worden. Grünen-Chefin Leonore Gewessler hatte erst am Mittwoch die Zustimmung der Grünen bekanntgegeben und damit dem Gesetz die notwendige Zweidrittelmehrheit verschafft.**

Die Regierung will mit der Spritpreisbremse per Verordnung konkret die Mineralölsteuer (MöSt) temporär senken und die Margen von Raffinerien und Tankstellen begrenzen, sollten die Preise von Diesel oder Benzin über einen Zeitraum von zwei Monaten um mehr als 30 Prozent steigen. Margen sind Aufschläge bzw. Gewinne innerhalb der Wertschöpfungskette.

Greifen sollen die Maßnahmen laut Plan schon mit April. Für die Senkung der MöSt brauchte es allerdings keine Zweidrittelmehrheit. Die Grünen hatten bereits im Vorfeld bekanntgegeben, der Senkung der MöSt nicht zuzustimmen.

### **Grüne „nicht aus Überzeugung“ zugestimmt**

Gewessler hatte Zweifel, dass die Maßnahme die entsprechende Wirkung erzielen wird. Sie empfahl der Regierung, ihre Pläne in der Verordnung noch zu überarbeiten. Man stimme nicht aus Überzeugung, sondern aus der minimalen Hoffnung zu, dass zumindest eine kleine Entlastung spürbar werde.

### **Hattmannsdorfer: Abmildern**

Wirtschafts- und Energieminister Wolfgang Hattmannsdorfer (ÖVP) hatte am Mittwoch in einer Aussendung die Einigung mit den Grünen begrüßt. „Wir können uns den geopolitischen Spannungen und den internationalen Preisentwicklungen bei Öl und Treibstoffen nicht entziehen. Die Wahrheit ist: Wir werden nicht verhindern können, dass die Spritpreise weiter steigen“, so Hattmannsdorfer am Mittwoch. Man könne sehr wohl alles daransetzen, den vollen Durchschlag auf die Inflation abzumildern, damit Österreich wirtschaftlich besser durch diese Krise komme als andere Staaten.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Klaus Seltenheim betonte in einer Aussendung, dass die Spritpreisbremse im Nationalrat ein wichtiger Schritt sei, um Pendlerinnen und Pendler sowie Familien zu entlasten. „Unser Modell ist wirtschaftlich vernünftig und hat keine Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit in Österreich“, so Seltenheim.

### **Zehn Cent Absenkung im April erwartet**

Laut Wirtschaftsforscherinnen und Wirtschaftsforschern könne diese Maßnahme bei einem Inflationsanstieg von rund 0,6 Prozentpunkten die Teuerung um bis zu 0,25 Prozentpunkte senken, so Hattmansdorfer. „Und jeder Zehntelprozentpunkt weniger Inflation entlastet Betriebe, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Familien in unserem Land“, so der Minister.

Das Ziel sind für den April zehn Cent pro Liter Treibstoff, wobei fünf Cent über eine temporäre Senkung der MöSt und weitere fünf Cent über eine Begrenzung der Gewinnmargen der Erdölwirtschaft über eine Änderung des Preisgesetzes (PreisG) hereinkommen sollen.

## **Marktverzerrungen sollen vermieden werden**

Vertreter der Regierungsparteien ÖVP, SPÖ und NEOS verwiesen bei einem separaten Pressetermin am Mittwoch auf die monatliche Erneuerung der entsprechenden Verordnung. Die erste Verordnung, die mit 1. April in Kraft treten soll, werde man nicht mehr ändern können, so NEOS-Abgeordnete Karin Doppelbauer. Danach könne man aber bei Bedarf nachschärfen. SPÖ-Parlamentarier Alois Schroll verwies zudem auf die Einbindung von E-Control und Bundeswettbewerbsbehörde, die die Preisentwicklung beobachten würden.

ÖVP-Abgeordnete Tanja Graf erklärte, dass der aktuelle Verordnungsentwurf vorsehe, die Margen bei den Raffinerien um fünf Cent zu senken. Man wolle verhindern, dass es zu keinen Marktverzerrungen auf dem Tankstellenmarkt kommt und kleine Tankstellen zusperrten müssen. Sie wies auch darauf hin, dass die Regelung jederzeit ausgesetzt werden könne, sollten Versorgungsengpässe drohen.

## **FPÖ: Grüne „Beitragstäter“**

Heftige Kritik gab es von der FPÖ. Die Grünen würden sich zum „Beitragstäter“ bei der „unterlassenen Hilfeleistung“ der Regierung machen. Die geplante Preisbremse sei eine „absolute Nullnummer“, so FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz in einer Aussendung. Er warf der Regierung „fehlenden Wirtschaftskompetenz und Glaubwürdigkeit“ vor.

Schnedlitz verwies erneut auf das von seiner Partei vorgestellte Modell einer Preisbremse, bei der die Mineralölsteuer halbiert und die CO<sub>2</sub>-Steuer abgeschafft werden soll. Zur Gegenfinanzierung sollen Haftungen für Ukraine-Kredite ausgesetzt und bei Klimaförderungen gekürzt werden.

Die Regierung warf der FPÖ vor allem mit Blick auf die Gegenfinanzierung über die Haftungen „Voodoo-Ökonomie“ vor. ÖVP-Klubobmann August Wöginger kritisierte hierbei etwa die „Populismus-Keule“ der FPÖ.

## **AK bis WKO: Lob und Kritik**

Lob und Kritik kam aus der Wirtschaftskammer (WKO). Generalsekretär Jochen Danninger und Industriespartenobmann Siegfried Menz goutierten steuerliche Maßnahmen und forderten mehr davon. Margeneingriffe seien aber ein „Tabubruch“ und „verkehrt“. Mit Markteingriffen setze man die Versorgungssicherheit aufs Spiel und schwäche den Wettbewerb. Der Wirtschaftsbund (WB) sieht in der Bremse zwar ein „wichtiges Signal für Betriebe und Bevölkerung“, aber pocht auf eine zeitliche Begrenzung. Die Senkung der Mineralölsteuer erweise sich jedenfalls als „deutlich treffsichereres und marktkonformes Instrument“.

Die Industrie hatte sich bereits im Vorfeld gegen staatliche Eingriffe in die Preisbildung am Kraftstoffmarkt ausgesprochen. Die IV bekräftigte nach dem Beschluss, dass „Margen im Spannungsfeld

von Angebot und Nachfrage entstehen und laufend an die jeweilige Marktsituation angepasst werden. In diesen Mechanismus einzugreifen, ist ein hochsensibler Schritt und widerspricht den marktwirtschaftlichen Grundsätzen.“

Die Arbeiterkammer (AK) sprach von einem „wichtigen Signal“, begrüßte einen erstmaligen Eingriff in „überhöhte“ Margen. Tobias Schweitzer, AK-Bereichsleiter Wirtschaft: „Diese Regierung lässt sie nicht nahezu ungebremst durchrauschen und das ist gut so. Wichtig ist auch, nicht tatenlos dabei zuzusehen, wie einzelne Branchen und Unternehmen exorbitante Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit machen. Dass die Politik hier nicht länger zusieht, sondern Übergewinne einbremst, ist daher ein wichtiger Schritt.“

Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) begrüßte die Spritpreisbremse, forderte jedoch umfassende preisdämpfende Maßnahmen, etwa für Strom und Wärme.

[Read more ... Nationalrat stimmt für Spritpreisbremse](#)

2026-03-23 08:06

## [Nationalrat mit Erklärungen zu internationalen Krisen](#)

Der Nationalrat tritt heute zu einer Sondersitzung zusammen, bei der die Regierungsspitze Erklärungen zur Eskalation im Nahen und Mittleren Osten abgeben wird. Nach den einleitenden Reden von Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP), Vizekanzler Andreas Babler (SPÖ) und Außenministerin Beate Meinl-Reisinger (NEOS) ist eine Debatte geplant.

Die Sitzung dient auch dazu, die geplanten Maßnahmen zur Senkung der Spritpreise auf den Weg zu bringen. Durch das Einbringen des entsprechenden Antrags wird es möglich, dass die Gesetze am Mittwoch vom Nationalrat und am Freitag vom Bundesrat beschlossen werden können. Damit könnten die Regelungen wie geplant mit April in Kraft treten.

Voraussetzung ist allerdings, dass sich die Koalition mit einer der beiden Oppositionsparteien einigt, da eine Verfassungsmehrheit nötig ist. Ziel ist es, über eine Senkung der Mineralölsteuer und eine Reduktion der Margen den Spritpreis um zehn Cent pro Liter zu reduzieren.

[Read more ... Nationalrat mit Erklärungen zu internationalen Krisen](#)

2026-03-18 11:03

## [Koalition will Treibstoffpreise drosseln](#)

Die Koalition hat sich auf einen Schritt zur Senkung der Spritpreise verständigt. Wie unter anderem das Ö1-Morgenjournal heute berichtete, soll die Mineralölsteuer leicht gesenkt werden, eine Forderung der ÖVP.

Zudem sollen Margen entlang der Wertschöpfungskette bei den Treibstoffpreisen eingefroren werden können, wie das die SPÖ wünscht. Die Entlastungen sollen zehn Cent pro Liter betragen.

Man wolle sicherstellen, „dass weder der Staat von außerordentlichen Einnahmen noch die Energieunternehmen von außerordentlichen Gewinnen in dieser Krisensituation profitieren“, heißt es im Ministerratsvortrag.

### **Beschluss kommende Woche**

In Kraft treten sollen die Maßnahmen Anfang April. Begrenzt werden sie bis Jahresende. Die Details sollen heute nach dem Ministerrat präsentiert werden.

Bereits fix ist, dass das Paket kommende Woche vom Nationalrat beschlossen werden soll. Dafür wird, wie die APA erfuhr, am Montag eine Sondersitzung angesetzt, bei der die Gesetzesänderungen eingebracht werden. Der formale Beschluss soll in einer der regulären Sitzungen am Mittwoch oder Donnerstag erfolgen.

[Read more ... Koalition will Treibstoffpreise drosseln](#)

2026-03-11 14:03

## [Gastpatientenklage: Gericht sieht sich nicht zuständig](#)

**Die vom Land Niederösterreich unterstützte Klage gegen Wien bezüglich der Behandlung von Gastpatienten wurde vom Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien abgewiesen. Das Gericht sieht**

**sich nicht zuständig. Die Klage müsse beim Handelsgericht eingebracht werden.**

Das Wiener Landesgericht für Zivilrechtssachen sieht sich für die vom Land Niederösterreich unterstützte Klage im Gastpatienten-Streit mit Wien nicht zuständig und verweist auf das Handelsgericht, bestätigt Michaela Heinrich-Bogensberger, Sprecherin des Landesgerichts für Zivilrechtssachen Wien, gegenüber noe.ORF.at. Zunächst hatte das „profil“ über die Causa berichtet.

Konkret gehe es in der Klage um einen sogenannten Kontrahierungszwang, also in diesem Fall die Verpflichtung, Patienten zu behandeln, auch wenn diese aus einem anderen Bundesland kommen. Da ein solcher Kontrahierungszwang auf Verträgen beruht, sah die Richterin stattdessen das Wiener Handelsgericht zuständig, so Heinrich-Bogensberger.

Die klagende Partei habe nun zwei Optionen, die Klage weiterzuführen. Sie könne entweder, so sie auf ihrer Ansicht beharrt, binnen 14 Tagen einen Rekurs beim Oberlandesgericht Wien einlegen oder einen Überweisungsantrag an das Handelsgericht Wien stellen, damit die Klage dort weiter behandelt wird.

## **Land Niederösterreich unterstützte Klage eines Patienten**

Konkret geht es in der Klage um einen Patienten aus dem Bezirk Mistelbach, dem ein seit Monaten fixierter Termin für eine Hüftoperation im Spital Speising in Wien kurzfristig abgesagt worden sei. Er habe von dem Spital einen Operationstermin erhalten. Nach rund eineinhalb Jahren Wartezeit, die für den Patienten mit Schmerzen an der rechten Hüfte verbunden gewesen sein soll, sei der Operationstermin vom Spital abgesagt worden.

Als Begründung sei angegeben worden, dass der Patient seinen Hauptwohnsitz in Niederösterreich habe. Das Land Niederösterreich hat die Klage des Patienten unterstützt – mehr dazu in [Gastpatient aus Niederösterreich klagt Wien](#) (noe.ORF.at; 7.2.2026).

[Read more ... Gastpatientenklage: Gericht sieht sich nicht zuständig](#)

2026-03-09 08:48

## **[Holzleitner: Keine Kürzungen im Frauenbereich](#)**

**Frauenministerin Eva-Maria Holzleitner (SPÖ) hat in der ORF-„Pressestunde“ zugesichert, dass es trotz der angespannten Budgetsituation keine Kürzungen im**

## **Frauenbereich geben werde. Sie versprach mehr Geld für die Frauengesundheitsforschung, räumte aber ein, dass Frauenpolitik in Österreich meist intensiver und langwieriger Diskussionen bedürfe.**

Förderung für Frauenberatungsstellen, aber auch im Bildungsbereich, etwa Studienplätze an Fachhochschulen, seien „extrem essenziell wichtige Dinge“ für die österreichische Zukunft, so die Ministerin im Gespräch mit Peter Unger (ORF) und Anna Thalhammer („profil“).

Mit einer neuen klinischen Forschungsgruppe setzt das Frauenministerium einen Schwerpunkt auf Gendermedizin und Frauengesundheit. Für das Programm werden rund 8,4 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Diese untersuchen etwa, welche Therapien besser wirken, wie Krankheiten früher erkannt werden können oder wie Nebenwirkungen von Behandlungen reduziert werden können.

Die Forschungsergebnisse sollen laut Holzleitner möglichst rasch in den klinischen Alltag einfließen und so die Versorgung von Patientinnen verbessern.

## **Viel Arbeit nötig – auch in der SPÖ**

Allgemein zum Frauentag betonte auch die zuständige Ministerin, dass noch viel zur Gleichstellung getan werden müsse, und nahm dabei auch ihre eigene Partei in die Pflicht. Nicht immer seien „unterstützende Männer“ im entsprechenden Ausmaß für Frauenpolitik vorhanden.

Zu dem Faktum, dass Österreich in vielen Bereichen, auch im europaweiten Vergleich, nachhinke, schloss sich Holzleitner der Worte einer ihrer Vorgängerinnen, Maria Rauch-Kallat (ÖVP) an, die vor Kurzem gemeint hatte, Österreich sei „ein konservatives Land“. Man schummele „sich gerne manchmal etwas um die Sache rundherum, wenn es um konkrete Unterstützungsmaßnahmen für Frauen geht“, so Holzleitner.

Frauenpolitische Themen seien nicht immer die sprichwörtlichen „harten Bretter, die man bohren muss, sondern wirklich der Stahlbeton, der zu stemmen ist. Also wirklich etwas extrem Schweres und auch Langwieriges.“

## **Verweis auf laufende Projekte**

Bei konkreten Projekten verwies die Ministerin auf laufende Umsetzungen. Bei der von der EU vorgegebenen Lohntransparenzrichtlinie sei Österreich säumig, weil die Vorgängerregierung in der letzten Legislaturperiode die Schritte nicht eingeleitet habe. Nun wolle man „bis zum Sommer auch wirklich die Vorlage der Umsetzung am Tisch liegen haben“.

An der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans gegen Gewalt an Frauen sei eine Arbeitsgruppe mit „Hochdruck“ beschäftigt, die etwa über Fußfesseln für potenzielle Täter berät. Die Modalitäten wolle man in diesem Jahr festlegen, so Holzleitner.

## **Skandinavische Vorbilder bei Karenz**

Als Wunsch äußerte die Ministerin die gerechte Aufteilung von Karenzen zwischen Müttern und Vätern nach skandinavischen Vorbildern. Es sei aber klar, dass eine solche Regelung „in Österreich nicht von heute auf morgen“ umsetzbar wäre – auch weil Haushalte oft auf das meist höhere Einkommen der Männer angewiesen seien.

Wenn beide Elternteile eine „gute qualitätsvolle Zeit mit dem Kind verbringen können“, würde das aber auch „zu einem Kulturwandel in der Gesellschaft führen“ und für die gesamte Familie sehr positive Wirkungen haben. Für eine echte Wahlfreiheit brauche es auch ausreichende Kinderbetreuung, verweist Holzleitner auf die Forderung der Sozialpartner nach einem Rechtsanspruch auf diese. Als Politprojekt sieht sie auch die entsprechenden Pläne in Tirol.

## **„Solides Ergebnis“ für Babler**

Eröffnet wurde die „Pressestunde“ mit Fragen zum SPÖ-Parteitag am Samstag. Holzleitner sieht Andreas Babler, der mit 81,51 Prozent als Parteichef bestätigt wurde, durchaus gestärkt. Das sei ein „solides Ergebnis“ vor dem Hintergrund der Regierungsbeteiligung der Roten, sagte sie. Dass Babler kein besseres Ergebnis erzielt hat, liegt für die Frauenministerin an den „medialen Auseinandersetzungen“ – also etwa die Spekulationen, Christian Kern könnte als Parteichef kandidieren –, die auch vor dem Parteitag angehalten hatten.

Nun will sich die SPÖ wieder verstärkt auf Inhalte konzentrieren, betonte Holzleitner. „Es gibt vieles, womit wir uns nicht nur als SPÖ, sondern auch als Bundesregierung beschäftigen müssen.“ Die für die Partei nicht rosigen aktuellen Umfrageergebnisse „stellen natürlich niemanden in der Sozialdemokratie zufrieden“, so Holzleitner. Der Auftrag laute daher, bei der nächsten Wahl stärker zu werden.

Die Frauenministerin traut Babler zu, einen „guten Plan“ zu haben, wie er die gemeinschaftliche Arbeit in der Partei wieder stärken will. Die Frage, ob Babler auch Spitzenkandidat bei der nächsten Nationalratswahl sein werde, beantwortete Holzleitner nicht eindeutig: „Wir haben drei Jahre, von dem her ist Andreas Babler unser Parteivorsitzender.“

[Read more ... Holzleitner: Keine Kürzungen im Frauenbereich](#)

2026-03-05 11:42

[Holzleitner startet Kampagne zu Geschlechtergerechtigkeit](#)

Mit einer Kampagne unter dem Titel „Gerecht oder Geschlecht?“ will Frauenministerin Eva-Maria

Holzleitner (SPÖ) für mehr Bewusstsein für strukturelle Benachteiligungen von Frauen sorgen.

Mit der Kampagne knüpfe man an eine lange Tradition frauenpolitischer Bewusstseinsarbeit an, sagte Holzleitner heute anlässlich des bevorstehenden Frauentags am Sonntag. Parallel dazu sollen die geplanten gesetzlichen Vorhaben vorangetrieben werden, betonte sie.

Die Frauenministerin verwies auf die Kampagne „Ganze Männer machen halbe-halbe“ in den 1990er Jahren unter der damaligen Frauenministerin Helga Konrad oder die Frage von deren Vorgängerin Johanna Dohnal (beide SPÖ): „Fragen Sie die Männer, warum?“

Das seien mehr als PR-Slogans gewesen, nämlich wichtige Denkanstöße, sagte Holzleitner. Frauenpolitik sei immer dann erfolgreich gewesen, wenn sie unbequeme Fragen gestellt habe.

## **Bewusstseinsarbeit notwendig**

Neben Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen wie mit dem beschlossenen Nationalen Aktionsplan sei auch Bewusstseinsarbeit notwendig. Denn Sicherheit sei nicht nur die Abwesenheit von Gewalt, ökonomische Unabhängigkeit sei zudem die Basis für ein freies und selbstbestimmtes Leben.

In der Kampagne sollen daher anhand von plakativen Alltagsfragen bestehende Ungleichheiten thematisiert werden. Etwa dass Frauen immer noch 17,6 Prozent weniger verdienen als Männer, obwohl sie bestens qualifiziert seien und mehr Stunden täglich – viele davon unbezahlt – arbeiten.

Zudem wurde der 2011 ins Leben gerufene Gehaltsrechner aktualisiert. Parallel arbeite man weiter an gesetzlichen Vorhaben, so Holzleitner. Die Umsetzung der Lohntransparenz-Richtlinie soll bis zum Sommer im Parlament beschlossen werden. Bis Mitte des Jahres soll außerdem der Unterstützungsfonds für Alleinerziehende auf den Weg gebracht werden. Zudem sollen die Gendermedizin ausgebaut und das Sexualstrafrecht weiterentwickelt und verschärft werden.

[Read more ... Holzleitner startet Kampagne zu Geschlechtergerechtigkeit](#)

2026-03-01 12:31

## **[Erbschaftssteuer: Österreich EU-weit in Minderheit](#)**

Die Grünen fordern sie, Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) wäre dafür – die Koalitionspartner ÖVP und NEOS sowie die FPÖ sind aber dagegen: eine Erbschaftssteuer. 2008 wurde diese hierzulande abgeschafft, in einer Zeit, in der mehrere europäische Staaten einen ähnlichen Schritt machten.

Trotzdem befindet sich Österreich damit in der Minderheit. In 17 der 27 EU-Staaten gibt es eine Erbschaftssteuer, wie WIFO-Ökonomin Margit Schratzenstaller in einem heute veröffentlichten Gespräch mit der APA erklärt.

Neben Österreich schafften auch Tschechien, Portugal, Zypern, die Slowakei und Schweden ihre Erbschaftssteuern in den frühen 2000ern ab. „2014 war das letzte Jahr, in dem ein Land seine Erbschaftssteuer abgeschafft hat“, so die Ökonomin. Seit 2014 habe es keine grundsätzlichen Änderungen mehr gegeben. Rumänien, Estland, Litauen und Malta dürften nie eine entsprechende Steuer eingeführt haben.

Anders als im angelsächsischen Raum, wo meist der Nachlass besteuert wird – also gewissermaßen die oder der Verstorbene (Nachlasssteuer) –, werden in Europa meist die Erben besteuert (Erbschaftssteuer). Das ermögliche „doppelt progressive Systeme“. Hierbei hängt der Steuersatz sowohl von der Höhe des Erbes als auch vom (Nahe-)Verhältnis zwischen Verstorbenen und Erben ab.

### **Akzeptanz in Bevölkerung sehr gering**

Gemein ist allen EU-Ländern mit einer Erbschaftssteuer, dass Letztere nur sehr wenig zu den gesamten Steuereinnahmen beiträgt. „Das liegt daran, dass es viele Ausnahmen gibt, vor allem in der engeren Familie“, so Schratzenstaller.

Die Akzeptanz für Erbschaftssteuern in der Bevölkerung sei international im Vergleich zu anderen Steuern sehr gering. Auch hier spiele das schwierige Thema „Tod“ eine Rolle. „Es stirbt ein geliebter Mensch, und dann kommt der Staat auch noch daher und will sich quasi daran bereichern.“

Trotzdem sollten Erbschaftssteuern laut der Ökonomin in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen – nicht als zusätzliche Steuerlast, sondern im Gegenzug von geringeren Steuern auf Arbeit. „Mit dem demografischen Wandel und mit den steigenden Gesamtvermögensbeständen“ würde das zunehmend wichtiger.

[Read more ... Erbschaftssteuer: Österreich EU-weit in Minderheit](#)

Page 1 of 3

- [1](#)
- [2](#)
- [3](#)
- [Next](#)
- [Last »](#)